

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/002(VI)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 15.10.2014	Franckesaal	17:00Uhr	19:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 17.09.2014
- 4 Bürgersprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Haushaltsplan 2015 DS0231/14
 - Haushaltssatzung 2015
 - Ergebnis- und Finanzplan 2015
 - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2015 - 2018
 - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2015
 - Stellenplan 2015BE: FB 02
Aufgrund des Umfangs (1030 Seiten) liegt der Haushaltsplan in den Fraktionen aus und kann auch im Amt 50 eingesehen werden
- 5.2 Haushaltsplan 2015 DS0231/14/1

- 6 Überplanmäßige Aufwendungen im Deckungskreis Soziales (DK SOZ) in Höhe von 2.500.000 EUR für das Haushaltsjahr 2014 DS0404/14
- 7 Aktuelles zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern
- 8 Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 9 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Keune, Kornelia

Mitglieder des Gremiums

Boxhorn, Matthias

Steinmetz, Birgit

Zimmer, Monika

Westphal, Alfred

Sachkundige Einwohner/innen

Poppe, Andreas

Schleef, Enrico

Geschäftsführung

Uniewski, Kathleen

Salzborn, Hubert

Schulz, Jenny

Mitglieder des Gremiums

Rupsch, Manuel

Boeck, Hugo

Sachkundige Einwohner/innen

Krohn, Ruth

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Stadträtin Keune, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. 6 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadträtin Keune informiert über folgende zusätzliche Tagesordnungspunkte:
Zusätzliche Tagesordnungspunkte:

TOP 5.2 - DS 0231/14/1 - Änderungsantrag zur Haushaltsplanung 2015
TOP 6 - DS 0404/14

TOP 8 - Aktuelles zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern wird öffentlich behandelt

Die Tagesordnung wird in der nun vorliegenden Form bestätigt.

Abstimmung: 5-1-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 17.09.2014

Hinweise oder Änderungswünsche zur Niederschrift gibt es nicht.
Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form bestätigt.

Abstimmung: 5-1-0

4. Bürgersprechstunde

Da keine Bürger anwesend sind, findet keine Bürgersprechstunde statt.

5. Beschlussvorlagen

- | | | |
|------|--|-------------|
| 5.1. | Haushaltsplan 2015
- Haushaltssatzung 2015
- Ergebnis- und Finanzplan 2015
- mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2015 - 2018
- Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2015
- Stellenplan 2015 | DS0231/14 |
| 5.2. | Haushaltsplan 2015 | DS0231/14/1 |
-

Frau Jürgens, Frau Wille und Herr Erxleben vom FB Finanzen bringen die DS ein.

Im DKSOZ ergeben sich Mehrerträge in Höhe von 1.101.500 EUR und Mehraufwendungen in Höhe von 4.100 EUR zwischen Planvorgabe 2015 und Mittelanmeldung 2015.

Mehrerträge entstehen unter anderem bei der Grundsicherung im Alter durch die Zuweisungen vom Land, i. H. v. 700.000 EUR, welche ab 2014 mit einem Anteil von 100 % der Nettoausgaben des Jahres (§ 46 a SGB XII) erstattet werden (für 2012 = 45 %, für 2013 = 75 %). Weitere Mehrerträge in Höhe von ca. 260.500 EUR entstehen bei den Kostenerstattungen vom Bund für BuT SGB II, durch den Anstieg der Aufwendungen in diesem Bereich und durch Rückzahlungen für gewährte Hilfen und Darlehen.

Die Aufwendungsplanansätze 2015 sind ständig einer aktiven Steuerung zu unterziehen, um einer Überschreitung entgegen zu wirken.

Die aktuelle Planungssumme im DK SOZ beinhaltet eine Risikogröße von 2 Mio. EUR, die in der Haushaltsdurchführung 2015 konsolidiert werden muss und geht als vertretbares Planungsrisiko für das HHJ 2015 in den Haushaltsplan ein.

Bei den sozialen Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen (a.v.E.) – HLU ergeben sich in Höhe von 50.000 EUR Mehraufwendungen.

Eine weitere Erhöhung i. H. v. 860.000 EUR (Beihilfen, Taschengeld, Leistungen bei Krankheit) ist aus den Fallzahlerhöhungen und Leistungsumfangsänderungen aus dem Urteil des BVerfG vom 18.07.2013 zu erwarten sowie bei den Erstattungen an Krankenkassen in Höhe von 50.000 EUR durch den Fallzahlanstieg.

Bei dem MVB-Zuschuss für den Magdeburg-Pass kommt es zu einem Mehraufwand i. H. v. 60.000 EUR. Mit Änderung des KiFöG Neu erfolgte eine erhöhte Inanspruchnahme des Magdeburg-Passes. Es könnte zu weiteren Minderaufwendungen kommen, u. a. bei den verschiedenen Aufwendungen für Asylbewerber in Höhe von 550.000 EUR, wenn Asylbewerber nicht mehr zum Leistungsbereich dazu gehören (zentrale Unterbringung) und mit kommunalem Wohnraum dezentral versorgt werden oder auch bei den Zuschüssen für BuT WoGG in Höhe von 233.500 EUR, da einige Bezuschussungen nicht ausreichend in Anspruch genommen werden.

Stadträtin Keune bedankt sich für die Ausführungen. Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Gartenpartei und Bündnis 90/Die Grünen ist Herr Warminski von der Aidshilfe anwesend. Stadträtin Keune schlägt Rederecht für Herrn Warminski vor. Stadtrat Salzborn bittet um umfassende Begründung des Antrages.

Stadträtin Keune stellt das Rederecht zur Abstimmung.

Abstimmung: 5-1-0

Herr Warminski erhält Rederecht.

Der Antrag fordert, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2015 die Etablierung einer Personalstelle bei der AIDS-Hilfe in Magdeburg mit 50.000 Euro (davon 40.000 Personalkosten plus 10.000 Euro Sachkosten).

Herr Warminski informiert, dass die Zahl der Neuinfektionen mit HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen deutlich ansteigt. Nach Informationen des Robert-Koch-Instituts stieg in Sachsen-Anhalt die Zahl der HIV-Neuinfektionen zwischen 2011 und 2013 von unter 40 auf fast 70 pro Jahr.

Die Aidshilfe wird in Magdeburg mit 6.000 Euro gefördert, zum Vergleich in Halle mit 39.000 Euro. Strukturelle Veränderungen zwischen Magdeburg und Halle gibt es nicht.

Die Aidshilfe ist präventiv für die Stadt tätig. Das Land beteiligt sich mit 47% an der Finanzierung. Spenden und Drittmittel müssen akquiriert werden. Präventionsarbeit ist nicht mehr im vollen Umfang möglich

Frau Petzold vom Gesundheitsamt informiert, dass statistisch keine Auswirkungen für Magdeburg messbar sind, da Halle und Magdeburg nicht mehr separat ausgewiesen werden. Die Infektionszahlen in den neuen Bundesländern sind auch geringer als in den alten Bundesländern. Natürlich haben große Metropolen wie Berlin oder Hamburg andere Infektionszahlen.

Stadträtin Steinmetz regt eine schriftliche Stellungnahme zur nächsten Ausschusssitzung durch das Gesundheitsamt an.

Herr Brüning unterstreicht die Diskussion in den Ausschüssen. Ein Konzept soll erarbeitet werden, Leistungsverträge müssen abgeschlossen werden. Leistungen müssen definiert werden. Sozialplanerisch muss der Bedarf ermittelt werden. Fachdiskussionen müssen dann in den Ausschüssen stattfinden, was ist angemessen, was ist innerhalb der Stadt möglich und was ist nötig

Stadträtin Zimmer möchte den Haushalt heute nur zur Kenntnis nehmen und in einer gesonderten Beratung nochmal über verschiedene Problematiken sprechen. Stadtrat Salzborn verweist auf die Empfehlung des Ausschusses für seinen jeweiligen Geschäftsbereich. Stadträtin Zimmer stellt den Geschäftsordnungsantrag den Haushalt am 12.11.2014 nochmals zu behandeln. Stadträtin Keune stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag: 2-4-1

Der Geschäftsordnungsantrag wird nicht empfohlen.

Stadträtin Schulz nimmt an der Ausschusssitzung teil. 7 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.

Stadträtin Keune stellt die DS 0231/14 zur Abstimmung:

Abstimmung: 4-0-4

Die DS 0231/14 wird empfohlen.

Der Änderungsantrag DS0231/14/1 wird in der nächsten Ausschusssitzung erneut beraten.

6. Überplanmäßige Aufwendungen im Deckungskreis Soziales (DK SOZ) in Höhe von 2.500.000 EUR für das Haushaltsjahr 2014 DS0404/14

Die DS für das Sozial- und Wohnungsamt ein. Der weitere Mehrbedarf ist auf Grund der ständig veränderten Zuwanderungsprognosen des Ministeriums und der damit verbundenen Zuweisungen von Asylbewerbern nötig. Aus der Verfügung des Landesverwaltungsamtes vom 25.08.2014 liegt das Aufnahmesoll der Landeshauptstadt von August bis Dezember 2014 zwischen 299 und 384 Personen. Somit werden monatlich zwischen 60 und 77 Personen nach Magdeburg neu zugewiesen. Die erhöhten Zuweisungen waren zur Planung 2014 nicht bekannt und konnten nicht eingeplant werden.

Stadtrat Salzborn möchte wissen ob Rückstellungen für Asyl gebildet werden? Rückstellungen können nicht gebildet werden.

Stadträtin Keune stellt die DS 0404/14 zur Abstimmung:

Abstimmung: 7-0-0

7. Aktuelles zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern

Herr Brüning berichtet aktuell zur Unterbringung und Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern. Die Information erfolgt im öffentlichen Teil. Zurzeit ist die Aktualisierung der DS0429/14 in Arbeit. Die Unterbringung ist gesetzliche Verpflichtung. Die Kommune hat für die Unterbringung und soziale Betreuung zu sorgen. Um der Verpflichtung nachzukommen, ist die Schaffung weiterer Unterbringungskapazitäten unerlässlich. Durch eine Vereinbarung mit dem Jobcenter werden Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit Aufenthaltserlaubnis bei der Suche einer eigenen Wohnung unterstützt und können die Gemeinschaftsunterkünfte schneller verlassen. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen und weiter steigenden Prognosen, sind in Umsetzung des Unterbringungskonzeptes aus dem Jahr 2013 weitere Unterkünfte zu schaffen. Der Westring wird angemietet, nachdem er durch die Eigentümerin ausgebaut worden ist. Die Anmietung einer Unterkunft in der Sandbreite und Wohnungen im Bruno-Taut-Ring sollen dem Oberbürgermeister vorgeschlagen werden. Gespräche mit den jeweiligen GWA's sind geplant. Stadträtin Steinmetz möchte wissen ob die Bildungsherberge in Westerhüsen schon genutzt wird. Herr Brüning informiert, dass diese seit August im Betrieb ist und belegt ist. Herr Poppe möchte wissen ob eine Nutzung des Schrotebogens vorgesehen ist, Herr Brüning verneint dies.

Stadträtin Zimmer informiert sich über Familie Haji. Herr Haji erklärte im Stadtrat, dass er kein Geld habe, um von Rothensee aus einkaufen zu fahren. Herr Brüning antwortet, dass die Familie nicht mittellos ist. Die Prüfung der Möglichkeit, mit dem Warengutschein in Rothensee einzukaufen ergab, dass der Pennymarkt dort keine Warengutscheine annimmt. Der Kontakt mit der Zentrale von Penny Deutschland wurde durch das Sozial- und Wohnungsamt aufgenommen. Die Entscheidung liegt bei der Geschäftsführung. Die Familie ist nicht mittellos. Es bleibt auch im Interesse der Kinder bei der Ausgabe von Wertgutscheinen für Lebensmittel, Getränke und Drogerieartikel.

Nichtöffentliche Sitzung

9. Verschiedenes

Stadträtin Steinmetz bittet in der nächsten Ausschusssitzung um aktuelle Informationen zu Ebola. Ist die Stadt vorbereitet? Was passiert wenn ein Fall auftreten sollte? Teilnahme Gesundheitsamt in der nächsten Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Kornelia Keune
Vorsitzende

Kathleen Uniewski
Schriftführerin